

Milliarden-Betrug ohne Grenzen

Bundesregierung räumt Probleme auf dem Strommarkt ein

Berlin – Der Verdacht auf einen groß angelegten Steuerbetrug auf dem europäischen Strommarkt weitet sich aus. Erstmals hat sich nun auch die Bundesregierung zur Gefahr für den Fiskus geäußert und Probleme eingeräumt. „Der Bundesregierung liegen Informationen sowohl aus den Ländern als auch von den einschlägigen Wirtschaftsverbänden vor, dass es bei der Lieferung von Gas über das Erdgasnetz und von Elektrizität durch im Inland ansässige Unternehmer an Unternehmen zu Steuerausfällen kommt“, heißt es in einer Stellungnahme von Finanzstaatssekretär Michael Meister, die der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Die Grünen hatten das Finanzministerium in einer kleinen Anfrage zum möglichen Umfang des Umsatzsteuerbetrugs im Strom- und Gashandel befragt.

Ende des vergangenen Jahres war bekannt geworden, dass deutsche und europäische Behörden in der Strom- und Gasbranche auf massive Probleme gestoßen sind. Der Verdacht: Kriminelle könnten nach dem Emissionshandel auch den Strom- und Gasmarkt für Steuerbetrügereien genutzt haben. Die Fahnder haben demnach Firmennetze im Visier, die Staaten durch hinterzogene Umsatzsteuern um viele Milliarden Euro gebracht haben könnten. Die Polizeibehörde Europol in Den Haag spricht von Fällen „historischer Dimension“. In Deutschland haben sich Ermittler in mehreren Bundesländern an verdächtige Strom- und Gashändler geheftet. „Die Spuren führen ins Milieu der organisierten Kriminalität“, heißt es.

Das Schreiben der Bundesregierung legt nahe, dass es um hohe Summen gehen dürfte. Hinweise darauf liefert der massive Anstieg der Vorsteueranmeldungen für den Strom- und Gashandel. Waren es 2004 noch neun Milliarden Euro, stieg die Zahl bis 2011 auf rund 23 Milliarden Euro. Die Anmeldungen aus grenzüberschreitenden Geschäften stiegen im selben Zeitraum von zwölf Millionen auf mehr als sechs Milliarden Euro. Angaben über die Anzahl von Verdachtsfällen lagen Berlin nicht vor, heißt es weiter, das sei Ländersache.

Die Ermittler verfolgen Karussellgeschäfte, die auf dem Markt für CO₂-Emissionszertifikate bereits für milliardenschäden und spektakuläre Prozesse gesorgt haben: Firmen handeln über Grenzen hinweg – in diesem Fall mit Strom. Ein Unternehmen verkauft ihn nach Deutschland – steuerfrei. Beim Weiterverkauf würden eigentlich 19 Prozent Umsatzsteuer fällig. Die Betrüger zahlen nicht, reichen den Strom wie in einem Karussell unter gut verschleierte Firmen so lange weiter, bis sich die Spur verliert. Am Ende wird der Strom wieder ins Ausland exportiert. Der letzte Verkäufer lässt sich die nie gezahlte Steuer vom deutschen Fiskus zurückerstatten, weil der Handel innerhalb der EU nicht besteuert werden soll. Markus Balsler, SZ, 3.3.14